



Was unser Land jetzt braucht: Sofortprogramm für Wachstum und Arbeit

Beschluss des
CSU-Präsidiums vom 20. September 2009

Was unser Land jetzt braucht:

Sofortprogramm für Wachstum und Arbeit

- Beschluss des CSU-Präsidiums vom 20. September 2009 -

Bei der **Bundestagswahl am 27. September** geht es um die Zukunft der Menschen in Bayern. Es geht um Bayerns Stärke in Berlin. Deutschland steht vor einer **Richtungsentscheidung**: Die CSU tritt für eine verlässliche bürgerliche Mehrheit ein, die Stabilität für Deutschland bringt. Eine linke Mehrheit würde Deutschlands Zukunft verspielen. Deshalb wird die CSU alles tun, um die Gefahr einer rot-rot-grünen Mehrheit zu verhindern. Wir werden auch alles dafür tun, um eine große Koalition zu verhindern.

Bayern ist das wirtschaftlich stärkste Land in Deutschland. Bei der Bundestagswahl geht es darum, dass **bayerische Interessen in Berlin kraftvoll vertreten** werden. Nur so kann unsere bayerische Heimat ihre **wirtschaftliche Leistungskraft** erhalten und weiter stärken. Denn die bayerischen Unternehmen, unsere mittelständischen Familienbetriebe, unsere Handwerker, Freiberufler und Landwirte müssen sich im Wettbewerb behaupten. Nur die CSU tritt in Berlin verlässlich für Bayern ein. Die SPD missachtet Bayern: In ihrem Schattenkabinett zur Bundestagswahl ist kein einziges Mitglied aus Bayern vertreten. Bei der Bundestagswahl gilt deshalb: **Wer ein starkes Bayern will, wählt mit Erst- und Zweitstimme CSU.**

Unsere Bundeskanzlerin hat Deutschland gut durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzmarktkrise geführt. Aber wir stehen weiter vor **enormen Herausforderungen**. Wir müssen deshalb **rasch und beherzt handeln**. Daher wollen wir sofort nach Bildung einer unionsgeführten bürgerlichen Bundesregierung mit diesem **Sofortprogramm die Weichen für Wachstum und Arbeit** stellen. Nur, wenn wir unsere wirtschaftliche Leistungskraft stärken, können wir unserer sozialen Verantwortung umfassend gerecht werden.

1. Wir wollen die **Investitionen** durch eine **rasche Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2010 beschleunigen**. So können die notwendigen Impulse für neues Wachstum unverzüglich und im Rahmen einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik erfolgen. Dies hat Bayern mit der raschen Beratung und Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2009/2010 erfolgreich vorgemacht: Bayern ist Motor beim Kampf gegen die Konjunkturkrise. Alle Bremsen und Hemmnisse im Haushaltsrecht müssen zur Beschleunigung von Investitionen beseitigt werden.

2. Wir wollen sofort ein Gesetz auf den Weg bringen, mit dem die **Einkommenssteuer in zwei Schritten bereits zum 1.1.2011 und 1.1.2012 gesenkt wird**. Den Menschen muss **mehr Netto vom Brutto bleiben**. Wir entlasten deshalb Arbeitnehmer, Familien und Mittelstand weiter. Leistung muss sich wieder mehr lohnen. Die Wirtschaft muss auch durch mehr Nachfrage im Inland weiter angekurbelt werden.
3. Wir wollen die **krisenverschärfenden Elemente bei der Unternehmensteuer** (Wegfall des steuerlichen Verlustvortrags von Kapitalgesellschaften, Zinsschranke, gewerbesteuerliche Hinzurechnungen) **beseitigen**. Arbeitsplätze dürfen nicht durch kontraproduktive Regelungen im Steuerrecht gefährdet werden.
4. Wir wollen die **Erbschaftsteuer mittelstands- und familienfreundlich verbessern** – damit durch sie keine Arbeitsplätze gefährdet werden. Wir wollen die Lohnsummenregeln und Behaltefristen ändern, eine praxistaugliche Neuabgrenzung zwischen Betriebs- und Verwaltungsvermögen vornehmen und Geschwister, Nichten und Neffen besser als Nichtverwandte stellen. Wir wollen eine Regionalisierung der Freibeträge und Steuersätze ermöglichen. Durch eine für den Mittelstand attraktive Ausgestaltung der Erbschaftsteuer werden wir in Bayern neue Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzen.
5. Wir wollen bei der **Mehrwertsteuer nicht mehr zeitgemäße und den Wettbewerb verzerrende Belastungswirkungen korrigieren**. Gerade die mittelständischen Betriebe in Bayern brauchen in ihrer unmittelbaren Grenzlage zu den europäischen Nachbarländern mehr Wettbewerbsgerechtigkeit. Wir setzen uns deshalb für den niedrigeren Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen ein. Wir wollen im Hotel- und Gaststättengewerbe den Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent rasch umsetzen.
6. Bei der **Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter** wollen wir alternativ zur geltenden Pool-Regelung ein Wahlrecht einführen. Geringwertige Wirtschaftsgüter können dann bis zu einer höheren pauschalen Grenze im Jahr der Anschaffung steuerlich abgeschrieben werden. Dadurch wird die Kaufkraft gestärkt und der Mittelstand entlastet.

7. Die CSU ist die einzige Partei, der die Interessen der **bäuerlichen Landwirtschaft** in Bayern am Herzen liegen. Die Landwirtschaft prägt das unverwechselbare Gesicht unserer bayerischen Heimat. Deshalb setzen wir uns auch in Zukunft für die bäuerliche Landwirtschaft ein. Wir werden im Koalitionsvertrag sicherstellen, dass die **nationalen Möglichkeiten zur Milchmengenregulierung** (Molkereisaldierung, Bundessaldierung, nationale Reserve) unverzüglich ergriffen werden. Wir werden weiter darauf hinwirken, dass auf europäischer Ebene die Politik der Mengenausweitung sofort gestoppt wird. Wir wollen regeln, dass die **Entlastung beim Agrardiesel** und bei der **landwirtschaftlichem Unfallversicherung** dauerhaft gilt.
8. Wir wollen die **Kreditversorgung von zukunftsfähigen Unternehmen sicherstellen**. Dazu wollen wir die **Voraussetzungen für die Kreditvergabe durch private und öffentliche Banken verbessern**. Hierfür bedarf es eines Programms der KfW für mittelstandsfreundliche Bürgschaften und Kredite sowie einer Überprüfung prozyklisch wirkender Kreditvergaberichtlinien. Wir werden die Bankenaufsicht in Deutschland unter einem Dach zusammenführen.
9. Wir wollen klare Regeln für die **Vergütung von Managern**. Diese muss sich am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren: Wo Bonus gilt, muss auch Malus gelten. Wer schlecht wirtschaftet, darf dafür nicht belohnt werden.
10. Wir wollen eine **Innovations- und Forschungsoffensive starten**. Dabei haben wir das Ziel, bis 2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren. Bildung ist die entscheidende Investition in unsere Zukunft. Der Bund muss eine Sofortinitiative für schnelles Internet starten, wobei alle von Seiten des Bundes bestehenden Hemmnisse für einen flächendeckenden Ausbau unverzüglich beseitigt werden müssen. Bayern soll als Hochtechnologieland weiterhin kraftvoller Motor des Fortschritts sein. Wir wollen die **Weichen für Elektromobilität** in Bayern stellen. Auch damit bauen wir den Innovationsvorsprung Bayerns weiter aus und leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Wir fordern eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung. Wir werden Bayerns führende Stellung im Bereich der Erneuerbaren Energien weiter ausbauen. **Wir lehnen einen Neubau von Kernkraftwerken strikt ab**.

11. Wir wollen den **Wohnungsbau** durch die befristete Wiedereinführung der **degressiven Abschreibung** für neue, energieeffiziente Mietwohnungsbauten fördern. Insbesondere in Ballungsräumen wird bezahlbarer Wohnraum knapper. Wir wollen, dass Investoren dort bezahlbaren Wohnraum schaffen, wo er gebraucht wird. Damit für Familien der Erwerb von Wohneigentum leichter ermöglicht wird, wollen wir so schnell wie möglich ein **Baukindergeld einführen**.
12. Wir wollen den **Freibetrag beim Schonvermögen im SGB II pro Lebensjahr deutlich erhöhen**. Eigenverantwortung und Lebensleistung älterer Arbeitnehmer muss stärker anerkannt und die private Altersvorsorge besser geschützt werden.

Bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 gilt mehr denn je: Unser Land braucht eine starke CSU in Berlin. Wir werden dort auch in Zukunft unsere bayerische Heimat mit ganzer Kraft vertreten. **Deshalb bitten wir um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Bayern - mit beiden Stimmen für die CSU.**

A.O. BUNDESPARTEITAG DER FDP, POTSDAM, 19. September 2009

Seite 1

ANTRAG NR.

Zeile

1 **Betr.:** **Entwurf FDP-Wahlaufruf**

2

3 **Deutschland kann es besser.**

4 **- Mit neuem Denken -**

5

6 **Antragsteller:** **Bundesvorstand**

7

8

9 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

10

11

12 Deutschland braucht klare Verhältnisse. Unser Land muss von der Mitte aus regiert
13 werden. Die politischen Ränder dürfen in Deutschland nichts zu sagen haben. Die
14 Mitte ist mehr als eine Position zwischen rechts und links. Mitte ist eine Haltung. Mit
15 Maß und Mitte, mit Herz und Verstand wollen wir anpacken und die Probleme
16 unseres Landes lösen. Stark ist unsere Gesellschaft, wenn die Mitte stark ist. Mitte
17 ist Zukunft. Deutschland braucht einen Neuanfang.

18

19 Nach sieben Jahren Rot-Grün und vier Jahren Schwarz-Rot schrumpft die
20 Mittelschicht und die Ungerechtigkeit im Land wächst. Wir wollen die Schwachen
21 stärken, aber nicht die Mitte schwächen. Wir wollen keine Spaltung der Gesellschaft
22 in Arm und Reich. Auch deswegen braucht Deutschland eine starke Mittelschicht.

23

24 Stark ist unser Staat, wenn er seine Hoheitsaufgaben erfüllt. Aber weil der Staat sich
25 immer mehr in das Leben der Bürgerinnen und Bürger einmischt, wächst die
26 Bürokratie und werden die Bürgerrechte eingeschränkt. Wir wollen keinen Staat, der
27 die Bürgerinnen und Bürger entmündigt. Deswegen braucht Deutschland einen
28 Staat, der sich auf seine Hoheitsaufgaben konzentriert und die Rahmenbedingungen
29 für eine freie und faire Gesellschaft setzt. Soziale Gerechtigkeit gibt es nicht ohne
30 Bildungschancen für alle.

31

32 Stark ist unsere Wirtschaft, wenn die Politik wieder auf die Soziale Marktwirtschaft
33 setzt. Wir wollen keine bürokratische Staatswirtschaft, die Subventionen an
34 Konzerne verteilt und den Mittelstand vergisst. Ohne Leistungsgerechtigkeit gibt es
35 keine soziale Gerechtigkeit. Nur mit mehr Wachstum kann Wohlstand gesichert und
36 das erwirtschaftet werden, was wir für die soziale Gerechtigkeit brauchen. Dafür
37 braucht Deutschland einen starken Mittelstand.

38

39 Stark sind die Bürgerinnen und Bürger, wenn sich ihre Arbeit wieder lohnt. Wir wollen
40 keine Gesellschaft, in der die Leistungsgerechtigkeit immer weiter unter die Räder
41 kommt. Wachstum und Wohlstand gibt es nur, wenn sich Arbeit wieder lohnt. Dafür
42 braucht Deutschland faire Steuern.

43

A.O. BUNDESPARTEITAG DER FDP, POTSDAM, 19. September 2009

Seite 2

ANTRAG NR.

Zeile

1 Die FDP will ein starkes Deutschland. Wir setzen dabei auf Freiheit statt
2 Bevormundung, auf Verantwortung statt Entmündigung. Wir stehen für
3 Leistungsgerechtigkeit, Weltoffenheit und Toleranz. Unser Kompass heißt: Freiheit
4 zur Verantwortung.

5

Die Mitte stärken.

6

7
8 Wir wollen, dass sich die Arbeit der Bürgerinnen und Bürger wieder lohnt. Es ist die
9 Mitte der Gesellschaft, die mit ihrer Leistungsbereitschaft, mit ihrem Fleiß und ihrem
10 Aufstiegswillen unsere Gesellschaft wesentlich trägt. Die Mitte der Gesellschaft
11 kümmert sich um die Ausbildung der Kinder und lebt die Solidarität mit den
12 Schwächeren. Deswegen wollen wir eine große Steuerstrukturreform mit fairen
13 Steuersätzen für alle und werden damit sofort beginnen. Unmittelbar nach der Wahl
14 werden wir die Familien entlasten und die Kinder durch einen einheitlichen
15 Grundfreibetrag in Höhe von 8.004 Euro mit den Erwachsenen gleichstellen.
16 Zusammen mit den anderen Pauschbeträgen muss eine Familie mit zwei Kindern
17 dann erst ab einem Jahreseinkommen von über 40.000 Euro Steuern zahlen. Wir
18 werden die sogenannte kalte Progression beenden, durch die kleinere und mittlere
19 Einkommen immer stärker belastet werden. Faire Steuern sind die Voraussetzung für
20 Wachstum und damit für gesunde Staatsfinanzen.

21

Mittelstand ist Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik.

22

23
24 Wir wollen den Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft stärken. Im Mittelstand
25 entstehen 80 Prozent der Ausbildungs- und 70 Prozent der Arbeitsplätze in
26 Deutschland. Deswegen wollen wir Bürokratie abbauen und Wachstumsbremsen
27 lösen. Mittelständische Eigentümer haften mit allem, was sie haben. Wir wollen, dass
28 diese Verantwortungskultur auch in Großkonzernen selbstverständlich wird und dass
29 Manager für Fehlentscheidungen auch gerade stehen. Unmittelbar nach der Wahl
30 werden wir die Fehler der Unternehmensteuerreform beseitigen und in der
31 Erbschaftsteuer Betriebsübergänge familienfreundlich gestalten. Anstatt den
32 Mittelstand bürokratisch auszubremsen, muss der Staat seine Hoheitsaufgaben
33 wahrnehmen. Wir werden deswegen nach der Wahl die zersplitterte Bankenaufsicht
34 in Deutschland neu ordnen und bei der unabhängigen Bundesbank ansiedeln.

35

Bildung ist ein Bürgerrecht.

36

37
38 Wir wollen Chancengleichheit für alle am Start. Dafür setzen wir auf frühkindliche und
39 vorschulische Bildung. Wir wollen die besten Schulen und Hochschulen für
40 Deutschland. Dafür setzen wir auf mehr Geld und mehr Freiheit für die
41 Bildungseinrichtungen. Nur gute Bildungschancen ermöglichen eine gesellschaftliche
42 Teilhabe und befähigen zu einem freiheitlichen und selbstbestimmten Leben. Bildung
43 als Bürgerrecht schafft Chancen des Aufstiegs für alle. Bildung ist unser wichtigster
44 Rohstoff in der Globalisierung. Wir wollen, dass Deutschland bei Innovationen und
45 neuen Technologien an der Spitze ist. Dafür setzen wir auf neue Investitionen in

A.O. BUNDESPARTEITAG DER FDP, POTSDAM, 19. September 2009

Seite 3

ANTRAG NR.

Zeile

1 Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Unmittelbar nach der Wahl werden wir
2 uns für den Ausbau der kostenfreien vorschulischen Bildung einsetzen, die Pakte für
3 mehr Studienplätze, Exzellenz und Forschung im Bundeshaushalt absichern und ein
4 bundesweites Stipendiensystem für Studierende fördern.

5

Für besseren Umweltschutz mit Vernunft.

7

8 Einem angstgeleiteten Fortschrittspessimismus stellt die FDP eine
9 zukunftsoptimistische neue Kultur der Chancen entgegen. Wir wollen den
10 Umweltschutz mit neuen Technologien verbessern. Nur wer die neuen Technologien
11 hat, hat auch die Märkte von Morgen.

12

13 Wirksamer Umweltschutz gelingt nur mit einer vernünftigen Energiepolitik. Deswegen
14 setzen wir auf erneuerbare Energien in einem breiten Energiemix. Wir wollen das
15 Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen. Dazu sind insbesondere Investitionen
16 in die Erforschung der Speichertechnologie nötig. Bis dahin brauchen wir aus
17 ökologischen Gründen, aus ökonomischen Gründen und auch auf Grund unserer
18 außenpolitischen Souveränität verlässliche und sichere Übergangstechnologien. Wir
19 sprechen uns gegen den Neubau von Kernkraftwerken in Deutschland aus.
20 Energie darf kein Luxus sein. Deswegen wollen wir für die Verbraucher fairen
21 Wettbewerb auf dem Energiemarkt.

22

Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft gehören zusammen.

24

25 Wir wollen den Bedürftigen helfen und die Schwachen schützen. Wen das Schicksal
26 hart getroffen hat, der kann sich auf unsere Hilfe verlassen. Deswegen wollen wir ein
27 Bürgergeld einführen, das die Lebensgrundlage für alle sichert, die Hilfe benötigen.
28 Unser liberales Bürgergeld ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben und baut Brücken
29 in den Beruf. Wir wollen die Solidarität der Gemeinschaft für die Hilfsbedürftigen. Wer
30 arbeiten kann, der soll durch eigene Anstrengung mehr als bisher hinzuverdienen
31 können.

32

33 Wir wollen auch in der Sozialpolitik, dass sich die Arbeit der Bürgerinnen und Bürger
34 wieder lohnt. Rente ist kein Almosen. Wer ein Leben lang hart gearbeitet hat, der hat
35 auch Anspruch auf eine gute Rente. Deswegen setzen wir auf einen flexiblen
36 Renteneintritt ohne Zuverdienstgrenzen für alle.

37

38 Wir wollen eigene Vorsorge belohnen, nicht bestrafen. Unmittelbar nach der Wahl
39 werden wir deshalb das Schonvermögen für Hartz IV-Empfänger verdreifachen.

40

Für einen Neuanfang in der Gesundheitspolitik

42

43 Wir wollen eine gute Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger.
44 Deswegen wollen wir die Gesundheitspolitik dieser Bundesregierung beenden. Die
45 FDP will einen Versicherungsschutz für alle. Wir wollen freie Arztwahl freie

A.O. BUNDESPARTEITAG DER FDP, POTSDAM, 19. September 2009

Seite 4

ANTRAG NR.

Zeile

1 Therapiewahl und freie Kassenwahl. Unmittelbar nach der Wahl wollen wir den
2 Gesundheitsfonds abschaffen. Die Planwirtschaft im Gesundheitswesen mit dem
3 bürokratischen Gesundheitsfonds hat alles teurer, aber nichts besser gemacht.

4 5 **Freiheit stärken, Bürgerrechte schützen.**

6
7 Wir wollen die Freiheit der Bürger schützen und die Bürgerrechte stärken. Wir wollen
8 auch in der Innen- und Rechtspolitik einen Neuanfang.

9
10 Wirkungslose Internetsperren, Vorratsdatenspeicherung, Aushöhlung des Berufs-
11 und des Bankgeheimnisses stellen die Bürgerinnen und Bürger wie Kriminelle unter
12 permanenten Generalverdacht. Man kann die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger
13 nicht schützen, in dem man sie aufgibt. Bürgerrechte sind Freiheitsrechte. Wir wollen
14 Kriminalität wirksam bekämpfen und für mehr Sicherheit sorgen. Deswegen wollen
15 wir mehr Polizei, mehr Vollzugsbeamte und eine besser ausgestattete Justiz. Wir
16 wollen die Zivilcourage stärken.

17
18 Wir wollen die Bundeswehr nicht zur Hilfspolizei machen. Wir werden deshalb den
19 Einsatz der Bundeswehr als Hilfspolizei im Innern verhindern. Unmittelbar nach der
20 Wahl wollen wir die unnötigen und unwirksamen Internet-Zensurmaßnahmen
21 beenden. Stattdessen wollen wir Internet-Straftaten konsequenter verfolgen.

22 23 **Frieden durch Partnerschaft und Abrüstung.**

24
25 Wir wollen eine Außenpolitik, die wertorientiert und interessengeleitet ist:
26 Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und eine marktwirtschaftliche
27 Ordnung bestimmen unser Handeln für Deutschland in der Welt. Wir werden weiter
28 aktiv an einer gemeinsamen Zukunft mit unseren Partnern in der Europäischen
29 Union arbeiten.

30
31 Wir wollen eine Außenpolitik, die zu Frieden und Freiheit in der Welt beiträgt.
32 Den neuen Schwung in den Transatlantischen Beziehungen wollen wir für eine aktive
33 Außenpolitik entschlossen nutzen. Dabei setzen wir konsequent auf Abrüstung. Es
34 war stets beste Tradition deutscher Außenpolitik, mit eigenen Abrüstungsinitiativen
35 voranzugehen. Unmittelbar nach der Wahl wollen wir mit unseren Verbündeten in
36 Verhandlungen eintreten, um die in Deutschland stationierten Atomwaffen in der
37 nächsten Legislaturperiode abzuziehen.

38
39
40

41 **Für klare Verhältnisse.**

42
43 Wir Freie Demokraten wollen eine neue Mehrheit, weil Deutschland einen Neuanfang
44 braucht. Die FDP ist eine eigenständige Partei mit einem eigenen Programm. Nur die

A.O. BUNDESPARTEITAG DER FDP, POTSDAM, 19. September 2009

Seite 5

ANTRAG NR.

Zeile

1 Stimme für die FDP beendet die große Koalition und verhindert eine rot-rot-grüne
2 Regierung.
3
4 Weil die Programme von SPD und Grünen zu mehr Belastungen der Bürger führen,
5 stehen wir Freie Demokraten nicht als Mehrheitsbeschaffer für Rot-Grün zur
6 Verfügung.
7
8 Wir werben für eine starke FDP. Wir wollen klare Verhältnisse. Wir Freie Demokraten
9 wollen in der nächsten Legislaturperiode eine bürgerliche Regierung der Mitte mit der
10 Union bilden.
11
12 Wir wollen einen Regierungswechsel, weil Deutschland einen Politikwechsel braucht.
13
14 Wir bitten um Ihre Stimme für eine starke FDP.
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

GW-01 Grün stärken - damit sich was ändert!

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Grün stärken - damit sich was ändert!

Anmerkungen:

Aus der Krise hilft nur Grün - Sofortprogramm für den sozialen und ökologischen Aufbruch

1 Deutschland steht im Herbst 2009 vor einer Richtungsentscheidung. Drei Krisen, die eng
2 miteinander verbunden sind und nur gemeinsam gelöst werden können, fordern zum
3 sofortigen und konsequenten Handeln auf: die Wirtschafts- und Finanzkrise, der Klimawandel
4 und die globale Gerechtigkeitskrise. Die Zeit drängt. Nach vier Jahren großkoalitionären
5 Stillstands ist es umso dringlicher geworden, dass GRÜN regiert. Denn die letzten Jahre
6 belegen: Nur wir bieten Lösungen, die Antwort auf alle drei Krisen geben und nur wir haben
7 die Bereitschaft, die Konzepte auch mit der nötigen Konsequenz umzusetzen. Die
8 Wählerinnen und Wähler haben am 27. September die Wahl zwischen drei grundsätzlich
9 verschiedenen Richtungen:

10 **Entweder...**

11 wickelt **Schwarz-Gelb** den von uns Grünen in der rot-grünen Bundesregierung
12 durchgesetzten Aufbruch in der Umwelt- und Gesellschaftspolitik ab. Merkel und Westerwelle
13 wollen zurück zur Atomkraft. Sie stehen für die Lobbyinteressen der vier großen
14 Energiekonzerne und die Blockade der Erneuerbaren Energien. Sie wollen Mindestlöhne
15 verhindern und Arbeitnehmerrechte schleifen. Sie wollen Steuersenkungen für
16 Besserverdiener auf Kosten des Sozialstaats und der jüngeren Generationen. Bessere
17 Bildung für alle Kinder wird von Schwarz-Gelb nicht gewollt. Sie stehen für Gentechnik auf
18 den Äckern und Tellern. In der Gesundheitspolitik wollen sie mit der Kopfpauschale das
19 Zweiklassensystem zementieren. Die großen Herausforderungen Klimaschutz,
20 Umwelttechnologien als Jobmotor und soziale Gerechtigkeit sind Schwarz-Gelb nicht wichtig.

21 Der Wahlkampf zeigt: Angela Merkel will im Schlafwagen an die Macht. Sie verweigert aus
22 taktischen Gründen die inhaltliche Auseinandersetzung über den richtigen Weg aus der
23 Krise. Schwarz-Gelb 2009 tritt anders auf als 2005 und hält mit der Wahrheit hinter dem
24 Berg, um nicht über ihre Politik diskutieren zu müssen. Wer wissen will, was Schwarz-Gelb
25 wirklich vorhat, wird im Wahlprogramm der CDU nicht fündig und mit dem CSU-Populismus
26 nicht klüger: Die Union hat die Tarnkappe aufgesetzt. Der Gradmesser für Schwarz-Gelb ist
27 das Grundsatzprogramm der CDU von 2007, das „versehentlich“ veröffentlichte Guttenberg-
28 Papier, die Programmatik der FDP und die geheimen Pläne von Frau Schavan zum Neubau
29 von Atomkraftwerken. De facto hat Merkel die CDU einem allseits wendigen Opportunismus
30 unterworfen, der nur darauf wartet, mit der FDP die Richtung des Sozialabbaus
31 einzuschlagen. Für eine solche Politik stehen wir GRÜNE nicht zur Verfügung. Jamaika
32 bleibt in der Karibik.

33 **Oder ...**

34 ... geht es weiter mit dem Gewurschtel und kleinem Karo der **Großen Koalition**? Erleben wir
35 weitere vier Jahre gegenseitige Blockade und eine Politik des hektischen Stillstands und
36 verpasster Weichenstellungen? Merkel und Steinmeier haben Deutschland nach dem Prinzip

37 regiert, Entscheidungen hinauszögern, schlechte Politik, wie den Gesundheitsmurks,
38 schönzureden und ihre Folgen durch teure Geschenke, wie die Erbschaftssteuerreform,
39 abzumildern, um Konflikte zu vermeiden. Vermieden haben sie damit vor allem eins: die
40 notwendigen strukturellen Veränderungen auf den Weg zu bringen. Die Große Koalition
41 hat mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer den Menschen in die Tasche gelangt und
42 trotzdem den Schuldenabbau verpaßt. In der Krise verzockt sie mit neuen Schulden für
43 falsche Investitionen die Zukunft unserer Kinder. Die Große Koalition hat es versäumt, den
44 Schalter umzulegen für eine nachhaltige Wirtschaft. Sinnbild für vier Jahre falsche Politik
45 ist die ökonomisch und ökologisch unsinnige Abwrackprämie. Wer weiter denkt als bis
46 zum Wahltag, weiss: im Regen stehen die Beschäftigten. Viele sind in Kurzarbeit, vielen
47 droht der Verlust des Arbeitsplatzes im Herbst. An den Börsen aber beginnt bereits wieder
48 das zynische Gezocke. Schwarz-Rot hat es versäumt, obszönen Managergehältern
49 Einhalt zu gebieten und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher und
50 Bankkunden zu sichern. Ob nationale Politik oder international der Versuch, Steueroasen
51 trocken zu legen: Diese Regierung ist mehr Schein als Sein. Sie hat Fortschritte im
52 Bildungssystem verhindert und Bund und Ländern sogar verboten, in der Bildungspolitik
53 zu kooperieren. Die Bürgerrechte haben sie gemeinsam abgebaut, mal Schäuble, mal
54 Zypries und am Ende auch noch von der Leyen. Immer neue, immer größere
55 Überwachungsapparate wurden aufgebaut und es wurde unterlassen, mit einem
56 modernen Datenschutz die Bürgerinnen und Bürger zu schützen und in ihren Rechten zu
57 stärken. Kurzum, vier Jahre Große Koalition sind genug! Sie haben deutlich gemacht: Die
58 SPD ist nur dann eine progressive Kraft, wenn GRÜNE an ihrer Seite den Takt vorgeben.

59 **Oder ...**

60 ... gibt es endlich eine Antwort auf die drängenden Zukunftsfragen? Werden Wirtschafts-
61 und Klimakrise gemeinsam bekämpft? Gelingt es endlich, gesellschaftliche Blockaden
62 aufzusprengen? Wird ernst gemacht mit einer sicheren Energiepolitik ohne Atom, ohne
63 klimaschädliche Kohle? Verhindern wir einen Überwachungsstaat und bekämpfen wir die
64 globale Gerechtigkeitskrise? Wir GRÜNE stehen für diese Alternative: **einen Grünen**
65 **Neuen Gesellschaftsvertrag für Klima, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit.**

66 Wir GRÜNE wollen Schwarz-Gelb verhindern und den großkoalitionären Stillstand
67 beenden. Wir sind die Alternative des ökologischen und gesellschaftlichen Aufbruchs! Wir
68 wollen, dass Deutschland wieder die internationale Vorreiterrolle im Klimaschutz einnimmt,
69 die von der Großen Koalition verspielt wurde. Wir wollen die notwendige ökologische
70 Modernisierung vorantreiben, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen die
71 Strukturprobleme im Gesundheitssystem mit der Einführung einer Bürgerversicherung
72 lösen und wir wollen mit bundesweiten Standards in der Bildungspolitik gute Bildung für
73 alle schaffen, wo die Große Koalition nur Verwirrung gestiftet hat. Wir wollen Integration
74 fördern und Bürgerrechte durchsetzen. Darum wollen wir GRÜNE dieses Land gestalten.

75 Wir wollen am 27. September Dritte Kraft werden, das ist unsere Kampfansage an FDP
76 und Linke. Dafür kämpfen wir um jede Stimme. Denn mit jeder zusätzlichen Stimme
77 werden wir mehr GRÜN in Deutschland durchsetzen können. Jede Stimme ist zugleich ein
78 Seismograph dafür, welches Gewicht grüne Politik in dieser Republik wirklich hat. Wir
79 haben in den letzten Jahren gesehen, wie sehr sich die anderen Parteien nach uns
80 strecken und sich ein grünes Mäntelchen umhängen. Aber wir haben auch gesehen:
81 Wenn es ernst wird, bleibt davon nichts übrig. Denn dann wird doch wieder Wirtschaft
82 gegen Umwelt gesetzt, Arbeit gegen Klima und Lobbyinteressen gegen Allgemeinwohl.
83 Nur wenn wir GRÜNE stark sind, wird auch grüne Politik in Deutschland stark sein.

84 Der Grüne Neue Gesellschaftsvertrag ist die Basis unserer Politik und für Verhandlungen
85 mit anderen Parteien. Mit unserem Programm geben wir grundsätzliche Antworten auf die
86 Krisen und Herausforderungen der kommenden Jahre. Nicht alles können wir sofort
87 umsetzen, große Räder drehen langsam. Und doch gibt es viele Schritte, die wir ab dem
88 28. September unmittelbar einleiten können, um den Kurs dieses Landes schnell wieder in
89 die richtige Richtung zu drehen. Dieses Programm zeigt, GRÜN wirkt sofort! Jeder, der mit
90 uns regieren will, muss wissen: Dies sind die Punkte, die wir sofort umsetzen werden.

91 **Sofortmaßnahmen für einen ökologischen und sozialen Aufbruch**

92 **Mit einem Grünen New Deal wollen wir der Wirtschaft ein neues Fundament bauen.**
93 **Durch Investitionen in Klima, Gerechtigkeit und Bildung wollen wir in vier Jahren**
94 **eine Millionen neue Jobs schaffen. Wir wollen die finanziellen Lasten der Krise**
95 **gerechter verteilen und die Binnennachfrage stärken, statt die Steuern für**
96 **Besserverdienende zu senken. Nur wenn wir die Marktwirtschaft sozial und**
97 **ökologisch ausgestalten und die Finanzmärkte regulieren, verhindern wir, dass sich**
98 **Krisen, wie wir sie derzeit erleben, wiederholen können.**

99 Als Sofortmaßnahmen werden wir deshalb:

- 100 □ den steuerlichen Grundfreibetrag auf 8.500,- Euro erhöhen, um untere und mittlere
- 101 Einkommen zu entlasten, den Spitzensteuersatz auf 45% erhöhen und eine
- 102 einmalige Vermögensabgabe einbringen.
- 103 □ ein Progressivlohnmodell einführen, mit dem wir die Lohnnebenkosten im unteren
- 104 Einkommensbereich gezielt senken.
- 105 □ ein Marktanreizprogramm Elektromobilität auflegen, das den Erwerb von
- 106 Elektroautos zunächst mit bis zu 5000 Euro fördert und das Marktanreizprogramm
- 107 zur Gebäudesanierung verdoppeln. Das schafft Arbeitsplätze im Handwerk und hilft
- 108 dem Klima.

109 **Wir wollen Deutschland wieder zum Vorreiter beim Klimaschutz machen. Vier**
110 **weitere verlorene Jahre können wir und können sich unsere Kinder nicht leisten!**
111 **Wir bringen ein Klimaschutzgesetz auf den Weg, steigern die Energieeffizienz und**
112 **bauen die Erneuerbaren Energien massiv aus. Wir leiten die Verkehrswende ein und**
113 **setzen ein Tempolimit durch. GRÜN nimmt die sieben ältesten Atommeiler schneller**
114 **vom Netz, sorgt dafür, dass der Pannenreaktor Krümmel abgeschaltet bleibt und**
115 **setzt den Atomausstieg ohne Wenn und Aber um. Wir wollen die Natur und unsere**
116 **natürliche Lebensgrundlagen schützen und die Umwelt wieder nach vorne auf die**
117 **politische Agenda setzen!**

118 Als Sofortmaßnahmen werden wir deshalb:

- 119 □ ein Sofortprogramm für Klimaschutz auflegen und den Neubau von
- 120 klimaschädlichen Kohlekraftwerken verhindern. Im Genehmigungsrecht für
- 121 Kraftwerke werden wir einen elektrischen Mindestwirkungsgrad von 58%
- 122 festschreiben.
- 123 □ die skandalösen Vorgänge rund um Gorleben, Asse und Morsleben mit einem
- 124 parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufklären und verschärfte
- 125 Sicherheitsregeln für noch laufende Atomkraftwerke umgehend rechtskräftig
- 126 machen, damit die verbliebenen Atomkraftwerke nach dem neuesten Stand von
- 127 Wissenschaft und Technik betrieben werden.
- 128 □ das Gentechnikrecht ändern, damit sich gentechnikfreie Regionen effektiv gegen
- 129 einen unerwünschten Anbau von Genpflanzen oder gegen riskante

130 Freisetzungsexperimente in ihren Regionen wehren können.

131 **Wir wollen die auseinanderklaffende soziale Schere schließen und die**
132 **Lebensverhältnisse so gestalten, dass jeder ein Leben in Würde führen kann. Die**
133 **Zwei-Klassen Medizin wollen wir beenden, mit der Bürgerversicherung ein**
134 **solidarisches Gesundheitssystem schaffen und eine Garantierente einführen.**

135 Als Sofortmaßnahmen werden wir deshalb:

- 136 □ einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro auf den Weg bringen
- 137 und dazu eine Mindestlohn-Kommission aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und
- 138 Wissenschaftlern einberufen und sie ermächtigen, Vorschläge für
- 139 Lohnuntergrenzen zu erarbeiten.
- 140 □ die ALG-II-Regelsätze auf zunächst 420 Euro anheben, das Schonvermögen
- 141 erhöhen und ein Sanktionsmoratorium für Bezieherinnen und Bezieher von ALG II
- 142 erlassen.
- 143 □ den Betriebsausgabenabzug von Managergehältern und Bonus-Zahlungen auf
- 144 500.000 Euro jährlich begrenzen, damit nicht die Steuerzahler die üppigen
- 145 Lohntüten der Manager mitfinanzieren, und neben Bonusregeln auch eine
- 146 Malusregelung einführen.

147 **Wir wollen Freiheits- und Bürgerrechte wieder stärken und deshalb Schluss machen**
148 **mit dem Schnüffelstaat, der Schnüffelwirtschaft und heimlicher Ausspähung von**
149 **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – egal, ob bei Telekom oder Bahn-AG,**
150 **Müller oder Lidl. Wir wollen unsere Demokratie schützen, den Datenschutz im**
151 **Grundgesetz verankern und den Kampf gegen den Rechtsextremismus**
152 **vorantreiben.**

153 Als Sofortmaßnahmen werden wir deshalb:

- 154 □ die Vorratsdatenspeicherung, Internetsperre und heimliche Online-Durchsuchung
- 155 sofort aussetzen und ein umfassendes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz auf den
- 156 Weg bringen.
- 157 □ ein Programm zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und zur Stärkung der
- 158 Zivilgesellschaft auflegen.
- 159 □ die Ehe und das Adoptionsrecht für Lesben und Schwule öffnen.

160 **Wir brechen gesellschaftliche Blockaden auf, sorgen für gleiche Chancen für alle**
161 **und machen Deutschland zu einer Bildungsrepublik. Wir machen Schluss mit der**
162 **Bildungsdiskriminierung von Kindern aus Arbeiterfamilien oder Menschen mit**
163 **Migrationshintergrund. Wir rücken die Bildung ins Zentrum der Politik und wollen**
164 **das Verbot der Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Bildung wieder aus**
165 **dem Grundgesetz streichen. Durch eine Kindergrundsicherung und den Ausbau von**
166 **Kindergärten und Schulen wollen wir Kinderarmut wirksam verhindern und**
167 **Armutskarrieren durchbrechen. Mit einem Gleichstellungsgesetz für die**
168 **Privatwirtschaft wollen wir Frauen die Hälfte der Macht geben. Wir wollen Schutz für**
169 **Flüchtlinge und nicht Schutz vor Flüchtlingen und den Antidiskriminierungsschutz**
170 **ausbauen, um Benachteiligten den Rücken stärken.**

171 Als Sofortmaßnahmen werden wir deshalb:

- 172 □ die freien Mittel des Soli in einen Bildungssoli umwandeln, damit die
- 173 Finanzierungslücke im deutschen Bildungssystem geschlossen wird.
- 174 □ den Optionszwang für junge Deutsche mit ausländischem Pass streichen, mehr

175 doppelte Staatsbürgerschaften ermöglichen und damit Einbürgerung erleichtern.
176 □ einen Aktionsplan gegen Lohnungleichheit von Frauen und Männern vorlegen, der
177 ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft ebenso umfasst wie ein Gesetz,
178 das Frauen die Hälfte der Plätze in den Aufsichtsräten sichert.

179 **Wir streiten für gerechte Globalisierung, fairen Handel und mehr Geld für den**
180 **Einsatz gegen weltweiten Hunger und existierende Armut. Wir wollen eine Welt**
181 **ohne Atomwaffen, bessere Konfliktprävention und zivile Konfliktlösung. Wir wollen**
182 **abrüsten und die Wehrpflicht abschaffen sowie einen Freiwilligendienst einrichten.**
183 **Wir wollen eine Aufbau- und Abzugsperspektive für Afghanistan in der nächsten**
184 **Legislaturperiode unmittelbar einleiten.**

185 Als Sofortmaßnahmen werden wir deshalb:

- 186 □ den Ländern des Südens mehr Geld für moderne Technologien und
- 187 Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zur Verfügung stellen und damit
- 188 einen wichtigen Beitrag für den erfolgreichen Abschluss der Klimakonferenz in
- 189 Kopenhagen leisten. Damit tragen wir dazu bei, dass Deutschland international
- 190 wieder zum Vorreiter beim Klimaschutz wird.
- 191 □ den Strategiewechsel in Afghanistan voranbringen. Wir wollen die zivile Hilfe
- 192 verdoppeln und dafür sorgen, dass mit mindestens 2000 europäischen Polizisten
- 193 der Aufbau der Polizei in Afghanistan endlich umgesetzt wird.
- 194 □ die Wehrpflicht umgehend aussetzen. Sie ist nicht gerecht, weil der Grundsatz der
- 195 gleichbehandelnden Pflicht längst nicht mehr eingehalten wird und sie ist
- 196 sicherheitspolitisch nicht notwendig.

197 Wir GRÜNE erfahren mehr Unterstützung für unsere Politik als je zuvor. Unsere Themen
198 stehen im Zentrum der Auseinandersetzung um den zukünftigen Kurs unseres Landes.
199 Wer mit GRÜNEN regieren will, muss wissen, dass es ein Zurück und ein Weiter-So nicht
200 geben wird. Wir haben unsere Leitlinien für eine zukunftsfähige Politik klar benannt und
201 Sofortmaßnahmen auf den Tisch gelegt. Heute in einer Woche hat Deutschland die Wahl:
202 GRÜN ist die Alternative zu Schwarz-Gelb und zur Großen Koalition. Das Rennen ist
203 offen. Wir GRÜNE werben um jede Stimme. **Wer grüne Politik will, muss GRÜN**
204 **wählen.**

205